

## Ermittlungen gegen Chef der Nord-SPD

Kiel. Schleswig-Holsteins SPD-Landeschef Ralf Stegner steht wegen seines Umgangs mit Einkünften von der HSH Nordbank unter Betrugsverdacht. Die Kieler Staatsanwaltschaft leitete gegen den SPD-Politiker ein Ermittlungsverfahren ein.

Auslöser ist Stegners Umgang mit Einkünften aus seiner Aufsichtsrats-Tätigkeit für die Landesbank von Schleswig-Holstein und Hamburg. Stegner war während seiner Amtszeit als Landesinnenminister bis Anfang 2008 Mitglied des Aufsichtsrats der HSH Nordbank. Für 2007 hatte er von der Bank im Mai 2008 insgesamt 14 375 Euro erhalten. Gemäß Nebentätigkeitsverordnung hätte er 8800 Euro an die Landeskassen abführen müssen. Das hat er nicht getan. Stegner begründete sein Vorgehen erneut mit einem „erheblichen Irrtum“ seinerseits. dpp

## 657 Millionen Dollar für die 9/11-Helfer

Washington. Mehr als 10 000 Menschen, die seit den Rettungs- und Aufräumarbeiten nach dem 11. September 2001 mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben, sollen entschädigt werden. Die Feuerwehrleute, Polizisten oder Bauarbeiter, die nach dem Einsturz des World Trade Centers giftigen Stoffen und Staub ausgesetzt waren, könnten insgesamt 657 Millionen Dollar an Ausgleichszahlungen erhalten, teilte der Versicherer WTC Captive mit. afp

## LEUTE

### Bernhard Worms wird 80 Jahre alt



Bernhard Worms Foto: Foltin

Düsseldorf. Bernhard Worms, Präsident der Europäischen Senatoren-Union, wird am Sonntag 80 Jahre alt. Der langjährige CDU-Fraktionschef im NRW-Landtag und spätere Staatssekretär im Bundesministerium war 1985 Spitzenkandidat seiner Partei im Landtagswahlkampf, verlor aber gegen Johannes Rau (SPD). Sein CDU-Ortsverband Pulheim ehrt den immer noch aktiven „rheinischen Konservativen“ mit einem „Kölschen Empfang“. cm

### Hanna-Renate Laurin starb 81-jährig



Hanna-Renate Laurin Foto: Imago

Berlin. Hanna-Renate Laurin, frühere Berliner Schulsenatorin und Präsidentin des Abgeordnetenhauses, ist tot. Sie starb am Freitag im Alter von 81 Jahren, wie das Erzbistum Berlin mitteilte. Der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl (CDU) holte die Schuldirektorin 1970 als Staatssekretärin nach Mainz. Unter Kohls Nachfolger Vogel wurde die CDU-Politikerin schließlich Kultusministerin, bevor sie 1981 nach Berlin ging. kna

## Rüttgers kündigt energischen Sparkurs an

Bei der „Petersberger Convention“ diskutieren Politiker und andere Prominente über die Folgen der Wirtschaftskrise

Tobias Blasius

Königswinter. Dichte Wolkenstreifen umgaben das Tagungshotel hoch oben auf dem Petersberg bei Bonn, als NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) am Freitag zum zweiten Mal führende Köpfe aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und Politik zur „Petersberger Convention“ bat. Das Wetter passte irgendwie zur Undurchsichtigkeit des Themas, das sich prominente Diskutanten unter

den rund 400 Gästen wie Bundesbankchef Axel Weber, Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker oder Telekom-Chef Rene Obermann vorgenommen hatten: „Zukunft 2.0 – Jenseits der Krise.“

Als zentrales Instrument der Krisenbewältigung wurde in vielen Debatten neben der Finanzmarktregulierung die Haushaltsdisziplin der Politik genannt. Juncker, dienstältester und vermutlich leidenschaftlichster Regierungschef der EU, nahm die aktuelle

Haushaltskrise Griechenlands zum Anlass, eine „Kultur der Nicht-Rücksichtnahme auf nationale Befindlichkeiten“ einzufordern. Jeder habe von den Korruptionsproblemen der Griechen gewusst, die jetzt die Regierung selbst einräume. Aus falschem diplomatischen Taktverständnis sei die Misswirtschaft nicht offensiv angesprochen worden. Nun bestehe die Chance, die Überwachungsmechanismen in der Euro-Gruppe auszuweiten: „Europa ist eine zweistrahlige

Maschine aus Solidarität und Verantwortung.“

Rüttgers formulierte es ähnlich, als er den „leistungsfähigen Sozialstaat“ reklamierte. Solidarität mit Bedürftigen und Solidarität der Staatsfinanzen bedingten einander. Rüttgers machte deutlich, dass er künftig Innovationsprojekte wie eine „Öko-Stadt“ im Ruhrgebiet oder Kreativquartiere für neue Industrien fördern wolle.

Gleichzeitig stimmte er die Öffentlichkeit auf einen ener-

gischen Sparkurs ein, um die Haushaltsfolgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen. Künftig werde wieder die „goldene Regel“ gelten, dass das Wachstum der Ausgaben nicht das der Einnahmen übersteigen dürfe. Für den Öffentlichen Dienst bedeute Bürokratieabbau ein sozialverträgliches Streichen von 12 000 Stellen. „Wir müssen“, formulierte der Ministerpräsident hier ziemlich ungeschminkt, „mit weniger Menschen das gleiche Ergebnis erzielen.“

## NRW-CDU setzt sich in Schulpolitik von FDP ab

Theo Schumacher

Düsseldorf. Die schulpolitischen Fronten in der schwarz-gelben NRW-Koalition verhärteten sich. Als Reaktion auf FDP-Chef Andreas Pinkwart, der im WAZ-Interview der Hauptschule keine Zukunftschance eingeräumt hatte, sagte CDU-Generalsekretär Andreas Krautscheid, Pinkwart gebe die Hauptschule auf. „Die CDU ist die einzige Partei, die zum mehrgliedrigen Schulsystem steht“, so Krautscheid. CDU-Schulexperte Klaus Kaiser sagte: „Wir lassen uns von keinem unter Druck setzen.“

Ab kommende Woche will die CDU landesweit in der Nähe von Schulen Wahlkampf-Plakate aufhängen mit der Aufschrift: „Diese Schule wird geschlossen, wenn Rot-Rot regiert.“ Mit der Aktion wolle die CDU auf die Folgen der – so Krautscheid – von SPD und Linken geforderten „Einheitsschule“ für die bestehenden Schulen hinweisen. Als Konsequenz drohten zehn Jahre „Schul-Chaos“ in NRW. Die Grünen, die wie SPD und Linke die Einführung der Gemeinschaftsschule mit längerem gemeinsamen Lernen verlangen, werden auf dem Plakat nicht erwähnt.

## Türkei erbost über Schweden

Stockholm. Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche sind die Beziehungen der Türkei zu einem westlichen Partnerland wegen der Armenien-Frage in eine Krise geraten. Ankara protestierte heftig gegen einen Beschluss des schwedischen Parlamentes, die Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich als Völkermord zu brandmarken. Zuvor hatte der Außen Ausschuss des US-Repräsentantenhauses den Zorn Ankaras auf sich gezogen. Kurz nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses wurde die türkische Botschafterin in Stockholm, Korutürk, nach Ankara beordert, der schwedische Botschafter in der Türkei, Asp, wurde ins Außenministerium einbestellt. afp

## 40 Tote bei Doppelanschlag

Lahore. Bei einem Doppelanschlag auf das pakistanische Militär haben zwei Selbstmordattentäter am Freitag in Lahore mehr als 40 Menschen mit in den Tod gerissen.

Nach Angaben der Polizei wurden zudem mindestens 134 Menschen bei den Anschlägen in der Nähe eines belebten Marktes verletzt. Die beiden Selbstmordattentäter zündeten ihre Sprengsätze demnach im Abstand von nur 15 Sekunden. Nach Behördenangaben kamen die Selbstmordattentäter zu Fuß und nahmen Armeefahrzeuge ins Visier. afp

## Trittin nach Reha wieder zuhause

Berlin. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin (55) hat sich von seinem Herzinfarkt Ende Januar offenbar gut erholt. Wie die „Bild“-Zeitung berichtet, ist er aus der Rehabilitationsklinik zurück, in der er sich in den letzten Wochen aufgehalten hatte. Wenn seine Genesung weiter so gut voranschreite, solle der Politiker ab Mitte April wieder Termine wahrnehmen können, so ein Grünen-Sprecher. ddp

## Anpacker im Werkland

Mut zur Nische: Wie Rotterdam versucht, die Arbeitslosigkeit aus der Stadt zu verbannen

Annika Fischer

Rotterdam. Mohammed aus Somalia hat einen Job, den gibt's gar nicht. Steht an der Kasse und packt Tomaten in Tüten. Vielleicht brauchen die Kunden das nicht; es gab schon solche, die fanden: „Ich habe selbst zwei gesunde Hände.“ Mohammed aber glaubt: „Ich werde gebraucht.“ Und sagt, das sei endlich „ein guter Grund, um zu leben.“

Tüten packen? Dabei ist das nur eine Idee, mit der „Werkland“ langzeitarbeitslose Migranten wieder „aan de slag“ bringen will, an die Arbeit. In Rotterdam, der Stadt, in der der Spitzenkandidat der Ar-

### Serie

#### Wie sozial ist Europa?

- Folge 1: Frankreichs Vorstädte
- Folge 2: Gründer in England
- Folge 3: Modell Skandinavien
- Folge 4: Anpacker in Holland**
- Folge 5: Italiens Probleme
- Folge 6: Lernen von den USA?



Tüten packen um teilzuhaben: Mohammed aus Somalia arbeitet bei „Werkland“. Foto: Dirk Bauer

beitspartei gerade die Kommunalwahl gewann, obwohl – oder weil er den Mut hatte, Sozialhilfe zum Thema zu machen. Indem er versprach, seine Stadt „arbeitslosigkeitsfrei“ zu machen. Gelobte, niemand müsse mehr „hinter Geranien verkümmern“. Indem er aus seiner „Partei van de Arbeid“ auf Plakaten die „Partei van de Aanpak“ machte. Was bedeutet: Wer Hilfe will, muss anpacken.

„Jeder kann was“, sagt dieser Dominic Schrijer. Mancher findet das unsozialdemokratisch, klagt über „Zwangsarbeit!“. „Werkland“-Manager Stephen Roseval drückt es etwas sanfter aus: „Lass mal sehen, was du kannst.“ Er sitzt in Tarwewijk, mitten im sozialen Brennpunkt am Maas-Hafen, unter lauter Afrikanern, Polen, Bulgaren. Die Stadt sagt ihnen, dass sie arbeiten müssen, um weiter Unterstützung zu beziehen, „Werkland“ sagt wo. Und wie. Jemand hat

keine Betreuung fürs Kind? Rückenschmerzen? Sprachprobleme? Sie beschäftigen eigens jemanden bei „Werkland“, der solche Hindernisse

ausräumt. Roseval nennt es seine „Herausforderung“, es klingt, als sei es seine Freude. „Wir sind eine Mischung aus Personaldienstleister und

Reintegrations-Betrieb“, sagt sein Chef Dick Vink, der eigentlich Wirtschaftsberater ist und „Werkland“ erfand. Denn so funktioniert seine

## Hartz auf Holländisch

Vertrauen statt Misstrauen im Nachbarland. Arbeitslosenquote bei vier Prozent

Rotterdam. Erst „Poldermodell“, nun „Work first“: Die Niederlande sind schon lange Vorreiter in Sachen Arbeitsmarktdenken; die Arbeitslosigkeit im Nachbarland liegt bei gerade mal vier Prozent. Spitzenplatz in Europa. Betroffene erhalten nach vier Jahren noch eine Grundsicherung von im Schnitt gut 60 Prozent des früheren Gehalts; in den ersten drei Jahren 75 Prozent.

„Hartz IV“ heißt bei den Nachbarn „Werk en Bijstand“, Arbeit und Unterstützung, und damit sind die Prioritäten klar: Nur wer etwas tut,

bezieht Hilfe. Was den „Stern“ zu der Bemerkung veranlasste, „Holland ist Westerwelle-Land“. Gerade nicht, sagt Dick Vink, Erfinder des Wiedereingliederungs-Projekts „Werkland“, einer Art Leiharbeitsfirma für Langzeitarbeitslose.

### Positive Ansprache

„Wir brauchen gute Arbeitnehmer, nicht gute Berechtigte“, sagt zwar auch Vink. Aber dafür habe sich „der Ton verändert“: Neu sei eine positive Ansprache der Menschen, Vertrauen statt Misstrauen,

„keine Drohungen wie bei Koch oder Westerwelle“. Vink blickt kritisch nach Deutschland: „Es nutzt nichts, über Betrug zu reden, damit kriegt die Leute nicht bewegt.“

Zuständig für die Verteilung der Mittel sind die Kommunen allein – woraus ein Wettstreit entstand um die besten Reintegrationsideen. Sprachkurse, Sport, Nischenjobs, die dem Stadtteil nutzen: „Was ist nun sozial“, fragt Vink: „Den Menschen Geld zu geben und sie sitzen zu lassen – oder Geld zu geben und an Verantwortung als Bürger zu appellieren?“ AF

»Das Lebensgefühl ist anders. Wir können Pläne machen«

klings fehlerlos, denn seit sie an der Kasse steht, muss sie reden mit den Kunden. „Das Lebensgefühl ist anders.“ Auch die Russin Viktoria kennt das: Sie hilft als Sekretärin bei „Werkland“, „wir können Pläne machen, was wir weiter tun im Leben.“

Natürlich haben sie auch die, die klagen: dass sie etwas tun müssen für dasselbe Geld. Worüber Roseval sich wundert: „Wer Nein sagt zur Arbeit, sagt der nicht Nein zum Arbeitslosengeld?“ Und es gibt die, die finden, Besseres gelernt zu haben als Tütenpacken – wie die Kardiologin in der Chocolaterie. Manchen bietet Roseval an, daheim zu bleiben. „Aber sie kommen schnell zurück. Sie sehen die Anderen arbeiten.“ Und: „Es ist egal, was für ein Job es ist. Wenn es nur Arbeit ist.“

## Jugendkriminalität im Fokus

Kommission in NRW fordert mehr Geld für Prävention

Theo Schumacher

Düsseldorf. Im Kampf gegen drohende Jugendkriminalität fordert eine parteiübergreifende Kommission im Landtag die Einrichtung eines Präventionsfonds. Der Fonds sollte pro Jahr mit 70 Millionen Euro aus Steuermitteln und von der Justiz verhängten Bußgeldern gespeist werden, um damit Maßnahmen der Jugend- und Sozialarbeit zu ermöglichen. „Es muss präventive Angebote geben, auch in Zeiten knapper Kassen“, forderte der SPD-Abgeordnete Frank Sichau. Die Kommission war nach dem Foltermord in der JVA Siegburg eingerichtet worden. „Kein Kind wird kriminell geboren“, sagte Sichau. Um ein Abgleiten junger Leute in kriminelle Karrieren zu ver-

hindern, müsse unter anderem das Angebot der gesetzlichen U-Haft-Vermeidung ausgebaut werden. Während landesweit rund 480 Jugendliche unter 19 Jahren in U-Haft sitzen, gibt es nur 20 bis 30 Plätze, um junge Leute in einer Jugendhilfe-Einrichtung wieder auf den rechten Weg zu bringen.

### Angebote unverzichtbar

„Eigentlich müsste das Verhältnis genau umgekehrt sein“, so Horst Engel (FDP). Aber auch inhaftierte junge Straftäter dürfe man nicht fallen lassen. Angebote der Schul- oder beruflichen Bildung seien unverzichtbar.

Die Polizei ermittelte 2008 in NRW 140 000 Tatverdächtige von 8 bis 21 Jahren – 28 Prozent aller Verdächtigen.

## Jobcenter ausgebremst

Durch Umschichtung von Geldern fühlt sich Bochum handlungsunfähig

Stefan Schulte Miguel Sanches

Essen. Eine neue Verteilung von Fördergeldern benachteiligt Jobcenter im Ruhrgebiet, die sich besonders um schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose gekümmert haben. Das Programm „Job-Perspektive“ erstattet Arbeitgebern, die Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen einstellen, für zwei Jahre bis zu 75 Prozent des Lohns, danach in Ausnahmen sogar unbefristet.

Dortmund hat 1500 schwer Vermittelbare in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht, Bochum 500. Diese Städte leiden nun unter einer neuen Geldverteilung: Die Mittel für die Altfälle wurden bisher zusätzlich übernommen, seit diesem Jahr

wird das Geld auf alle gleich verteilt. Also müssen die Jobcenter Altfälle aus dem laufenden Etat querfinanzieren. Dortmund sieht sich nicht mehr in Lage, auch nur einen neuen Job zu fördern. Bochums Geschäftsführerin Martina Fischer sagt: „Wir müssen Mittel umschichten, die uns woanders fehlen. Dadurch werden wir im Neugeschäft nahezu handlungsunfähig.“

Das Bundesministerium verteidigt die neue Verteilung. Denn bisher seien Jobcenter „benachteiligt, die das Instrument nicht oder weniger in Anspruch genommen haben“. Die betroffenen Behörden kontern: „Die Job-Perspektive wurde 2007 als neues Instrument offensiv beworben. Wir haben das ernst genommen. Dafür werden wir nun benachteiligt“, so Fischer.